

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Karl Nolle  
SPD-Fraktion

Fragen an die Staatsregierung

### **Thema: Prof. Mehlhorn's Strategiepapier vom 19.9.00 zum HKZ Dresden (1)**

*Sachverhalt: Mit Datum 21.9.2000 (Eingangsstempel Ministerbüro SMWK) hat der Rektor der TU Dresden als Kopie beiliegendes Strategiepapier zum HKZ Dresden an Minister Prof. Meyer gesandt. Hierauf beziehen sich meine Fragen.*

1. In wie vielen Fällen ist die Sächsische Wissenschaftsverwaltung bei Behandlung disziplinarischer Angelegenheiten bisher „lieber zu weit“ gegangen als „zu zaghaft“ zu sein?
2. Welche Verfahrensgestaltungen haben dem Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst vor Augen gestanden, als ihm ein solches Verhalten mit Schreiben des Rektors der Technischen Universität Dresden vom 19.09.2000 vorgeschlagen wurden?
3. Wenn dem Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst insoweit nichts vor Augen gestanden hat: Wie hat er das entsprechende Ansinnen des Rektors der Technischen Universität Dresden zurückgewiesen?
4. Gibt oder gab es Vorschläge anderer Sächsischer Beamter gegenüber der Staatsregierung, einzelnen Ministerien oder Ministern, in anderen disziplinarischen Angelegenheiten „lieber zu weit“ zu gehen als „zu zaghaft“ zu sein?
5. Wie werden generell Sächsische Bedienstete und speziell Hochschulrektoren mit den Anforderungen von Fürsorgepflicht, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit vertraut gemacht?

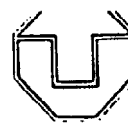


Karl Nolle MdL

Dresden, 11. Februar 2003

Eingegangen am: 14.02.2003

Ausgegeben am:



Technische Universität Dresden • 01062 Dresden

- persönlich / vertraulich -

Der Rektor

Vorsitzender des Aufsichtsrates  
für das Herz- und Kreislaufzentrum Dresden e.V.  
Herrn Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
Prof. Dr. Hans Joachim Meyer  
Wigardstraße 19

01097 Dresden

Dresden, 19. September 2000

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

beiliegend erhalten Sie einige vertrauliche Gedanken zur weiteren Strategie des Aufsichtsrates gegenüber dem Herz- und Kreislaufzentrum und dessen Förderverein.

Gleichzeitig füge ich eine Zuarbeit des Dekans der Medizinischen Fakultät Dresden und des UKD zur Zusammenarbeit mit dem HKZ bei.

In der Hoffnung, dass Ihnen die Materialien hilfreich sind, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. rer. nat. habil. A. Mehlhorn

Anlagen

SMWK - Minister SMK									
Eingangs-Nr. ....									
21. Sep. 2000									
Mit	St							V	Pers.Rat.
Herr Minister bitte um:									
<input type="checkbox"/> Kenntnisnahme									
<input type="checkbox"/> Stellungnahme / Prüfung									
<input type="checkbox"/> Arbeitsauftrag für Mit / Sts									
<input type="checkbox"/> Teilnahme									
<input type="checkbox"/> Rückmeldung									
<input type="checkbox"/> Bearbeitungsfrist / -ständigkeit									
<input type="checkbox"/> persönliche Beauftragung									
<input type="checkbox"/> Unterschrift für die Kopie									

**Gedanken über die weitere Strategie des Aufsichtsrates  
gegenüber dem Herz- und Kreislaufzentrum Dresden e. V.**

1. Das Ziel, die Satzung des Vereins so zu ändern, dass
  - a) eine neue Rechtsform für das Herz- und Kreislaufzentrum (HKZ) eingeführt wird, die die Fehler der Vergangenheit vermeidet und eine transparente, ökonomische Geschäftsführung ermöglicht, die der Aufsichtsrat kontrollieren kann,
  - b) der Verein keinerlei Einwirkungsmöglichkeit auf Vorstand und Geschäftsleitung besitzt, sondern bestenfalls als Förderverein weiter existiert,
  - c) das HKZ wissenschaftlich eng an das UKD bindet und die möglichen Synergien nutzt, ist mit der gegenwärtigen Besetzung der Mitglieder des Fördervereins nicht zu bewerkstelligen. Das muss ganz klar sein. Alles andere wäre Wunschdenken.
2. Daraus erwachsen zwei Schlussfolgerungen:
  - a) man koordiniert seitens der Staatsregierung alle Pressionsmaßnahmen, die möglich sind, um den Verein zum Einlenken zu zwingen;
  - b) man verändert die Zusammensetzung des Vereins durch den Ausschluss bzw. die Neuaufnahme von Mitgliedern und ändert damit die Abstimmungsverhältnisse.
3. Die möglichen Sanktionen sind:
  - a) Beschleunigung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die schnelle Feststellung der Straftatbestände, die nicht auf den alten Vorstand beschränkt sind, sondern hoffentlich auch die alte Geschäftsleitung betreffen;
  - b) Beschleunigung und Bezifferung der Rückforderungen der Krankenkassen;
  - c) Kündigung des Mietvertrages durch den Träger der Klinik;
  - d) Beschleunigung der Aktivitäten der Finanzverwaltung, dem Verein die Gemeinnützigkeit abzuerkennen und rückwirkend Steuern zu erheben.
4. Bei näherer Betrachtung allerdings erweist sich jede dieser Möglichkeiten, Druck auszuüben, als äußerst zweifelhaft.

Im Einzelnen:

- a) Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft können kaum beschleunigt werden, dazu wird sich besonders gegenwärtig kein Justizminister bereit finden. Der Ausgang der Ermittlungen ist zudem unklar und die Feststellung von relevanten Straftatbeständen keinesfalls gewiss.

- b) Wie mir bekannt wurde, hat der Notvorstand bereits entsprechende Verhandlungen mit den Krankenkassen geführt, um einen rückwirkenden Budgetierungsvertrag für die Jahre 1998 und 1999 zu erhandeln. Die Krankenkassen können diese Verhandlungen nicht dadurch konterkarieren, dass sie Rückforderungen stellen.
  - c) Mit welcher Begründung sollte Bavaria den Mietvertrag kündigen? Der Vorstand kann ihr dazu keinen Anlass geben.
  - d) Was für die Staatsanwaltschaft zutrifft, gilt auch für die Finanzverwaltung. Das rechtliche Problem ist sicher kompliziert und keinesfalls eindeutig. Auf eine schnelle Lösung ist kaum zu hoffen.
5. Eine Schlüsselfigur im Förderverein ist Herr Prof. Schüler. Er ist der Strippenzieher hinter den Kulissen. Er entscheidet, wie abgestimmt wird. Er koordiniert die Strategien gegen den Aufsichtsrat. Er genießt offensichtlich Rechtsberatung, die ihm die Stumpfheit der Waffen vermittelt, die dem Aufsichtsrat zur Verfügung stehen.

Es wäre deshalb erforderlich,

- a) disziplinarische Schritte des Dienstherrn gegen seinen Landesbeamten einzuleiten, dabei sollte man lieber zu weit gehen als zu zaghaft sein,
- b) Ausschluss aus dem Förderverein durch den eingesetzten Vorstand betreiben, —
- c) seine wissenschaftliche Leistung zu evaluieren und die Einhaltung seiner Lehrverpflichtungen zu überprüfen, möglichst durch offizielle Peers von außen,
- d) alle Möglichkeiten prüfen, ihn als Hochschullehrer zu beurlauben und ihm den Professoren-Titel abzuerkennen.

Auch hier halte ich die Möglichkeit zur Einflussnahme eher für begrenzt. Die Wirkungen werden ebenfalls begrenzt sein. (Man kann doch fragen: Ist wirklich jeder berufene Professor des UKD wissenschaftlich und ärztlich besser als Herr Schüler? Dagegen ließe sich, nach meiner Auffassung, mit Erfolg argumentieren.)

6. Eine denkbare Veränderung der Zusammensetzung der Mitgliederversammlung durch gezielte Neuaufnahmen kann gefährlich sein. Wir wissen nicht, wie sich die ins Auge gefassten Personen dann als Vereinsmitglieder verhalten. Wir haben keine Handhabe, wenn die „Partei Schüler“ ebenfalls Neuaufnahmen vorschlägt, die der Vorstand nicht ablehnen kann.


7. Was bleibt also?

Ich erwäge zwei Optionen:

- a) Rektor und Dekan erklären unter diesen Umständen, dass sie die Entwicklung des HKZ, das den Aufsichtsrat in eine ohnmächtige Rolle drängt, nicht mehr mittragen können und erklären öffentlich, dass sie ihr Mandat im Aufsichtsrat ruhen lassen,

- b) Der Notvorstand schließt einen langfristigen Vertrag mit einer Betreiber GmbH über eine neue Geschäftsleitung ab (10 Jahre), den der Verein nicht rückgängig machen kann. Die neue Geschäftsleitung evaluiert alle Verwaltungsmitarbeiter des HKZ und kündigt gegebenenfalls. Die neue Geschäftsleitung kündigt alle Verträge zwischen dem Herzzentrum und Mitarbeitern des Fördervereins. Ich glaube kaum, dass viele Mitglieder dagegen klagen werden. Ziel muss es sein, die Mitglieder des Vereins von ihren Vorteilen abzuschneiden, die sie gegenwärtig an das Herzzentrum in seiner jetzigen Form bindet. Man könnte dann spekulieren, dass eine Reihe von Mitgliedern das Interesse am HKZ verlöre und nach ein, zwei Jahren eine Satzungsänderung über eine neue Rechtsform durchsetzbar wäre. Der Notvorstand müsste auch einen neuen Kooperationsvertrag mit der TU Dresden abschließen, der deren Interessen stärker berücksichtigt. Das Projekt könnte beim Notvorstand noch dadurch an Interesse gewinnen, wenn man Herrn Weidenhammer den Posten eines Chefs der Geschäftsführung anböte. Unter diesen Umständen würde ich bereit sein, mein Aufsichtsratsmandat auch künftig wahrzunehmen.

Dresden | 19. September 2000



Prof. Dr. rer. nat. habil. A. Mehlhorn



SÄCHSISCHES  
STAATSMINISTERIUM  
FÜR WISSENSCHAFT  
UND KUNST

DER STAATSMINISTER

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM  
FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST  
Postfach 10 09 20 • 01079 Dresden

Herrn  
Landtagspräsidenten  
Erich Iltgen, MdL  
Sächsischer Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Dresden, den

12.03.2003

Aktenzeichen:

LB-7731.23-0379/136-1

Betr.: Kleine Anfrage des Abgeordneten Karl Nolle  
SPD-Fraktion (LT-Drs. 3/7909)  
Thema: Prof. Mehlhorns Strategiepapier vom 19.09.00 zum HKZ Dresden (1)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die o. g. Kleine Anfrage beantworte ich namens und im Auftrag der Staatsregierung wie folgt:

1. In wie vielen Fällen ist die Sächsische Wissenschaftsverwaltung bei Behandlung disziplinarischer Angelegenheiten bisher „lieber zu weit“ gegangen als „zu zaghaft“ zu sein?

Die vom Fragesteller genannten Kategorien „lieber zu weit“ und „zu zaghaft“ sind für Disziplinarverfahren des Freistaates nicht relevant.

2. Welche Verfahrensgestaltungen haben dem Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst vor Augen gestanden, als ihm ein solches Verhalten mit Schreiben des Rektors der Technischen Universität Dresden vom 19.09.2000 vorgeschlagen wurde?

Die Auffassung des damaligen Staatsministers, der heute eine Privatperson ist, ist der Staatsregierung nicht bekannt.

3. Wenn dem Sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst insoweit nichts vor Augen gestanden hat: Wie hat er das entsprechende Ansinnen des Rektors der Technischen Universität Dresden zurückgewiesen?

Die Frage ist an den Staatsminister a. D. gerichtet. Sie kann von der Staatsregierung nicht beantwortet werden.


4. Gibt oder gab es Vorschläge anderer sächsischer Beamter gegenüber der Staatsregierung, einzelnen Ministerien oder Ministern, in anderen disziplinarischen Angelegenheiten „lieber zu weit“ zu gehen als „zu zaghaft“ zu sein?

Solche Vorschläge sind der Staatsregierung nicht bekannt.

5. Wie werden generell sächsische Bedienstete und speziell Hochschulrektoren mit den Anforderungen von Fürsorgepflicht, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit vertraut gemacht?

Die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen stellen sicher, dass nur solche Persönlichkeiten für den öffentlichen Dienst ausgewählt werden, die den genannten Anforderungen genügen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Matthias Roßler